Amtsgericht Montabaur

Abteilung für Vollstreckungssachen (Immobilien)

Az.: 14 K 2/23

Montabaur, 30.04.2024

Terminsbestimmung:

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

Datum	Uhrzeit	Raum	Ort
Montag, 01.07.2024	10:30 Uhr	115, Sitzungssaal	Amtsgericht Montabaur, Bahnhofstraße 47, 56410 Montabaur

öffentlich versteigert werden:

Grundbucheintragung:

-

Eingetragen im Grundbuch von Oberelbert

lfd.N r.	Gemarkung	Flur, Flurstück	Wirtschaftsart u. Lage	m²	Blatt
1	Oberelbert	1, Flst. 164	Landwirtschaftsfläche Bamert	368	991 BV 2
2	Oberelbert	1, Flst. 172	Grünland Bamert	14.756	991 BV 3
3	Oberelbert	Flur 1, Flst. 173	Gebäude- und Freifläche\Elisabethenhof	3.437	991 BV 4
4	Oberelbert	Flur 4, Flst. 11	Landwirtschaftsfläche Schloßwies	21.392	991 BV 5
5	Oberelbert	Flur 4, Flst. 15	Landwirtschaftsfläche Gehäu	81.104	991 BV 6
6	Oberelbert	Flur 4, Flst. 25	Landwirtschaftsfläche Gehäu	1.483	991 BV 7
7	Oberelbert	Flur 4 Flst. 49	Landwirtschaftsfläche In der Dell	736	991 BV 8
8	Oberelbert	Flur 4 Flst. 117	Waldfläche Hinterste Dell	1.160	991 BV 10
9	Oberelbert	Flur 4 Flst. 148	Landwirtschaftsfläche Hellerchen	2.898	991 BV 11
10	Oberelbert	Flur 4 Flst. 72/2	Landwirtschaftsfläche Flürchen	388	991 BV 12

Lfd. Nr. 1

Objektbeschreibung/Lage (lt Angabe d. Sachverständigen):

unbebaut;

Verkehrswert:

423,00 €

Lfd. Nr. 2

Objektbeschreibung/Lage (lt Angabe d. Sachverständigen):

Bebaut mit offener alter Lagerhalle. Bewuchs und Bauschäden vorhanden.

Objekt liegt im Außenbereich der Gemeinde und dieser Bereich gilt als nicht bebaubares Gebiet.

Möglicherweise Bestandsschutz gem. § 35 BauGB. Prüfung durch die zuständigen Behörden sinnvoll und angebracht.;

Verkehrswert: 18.969,00 €

Lfd. Nr. 3

Objektbeschreibung/Lage (lt Angabe d. Sachverständigen):

Bebaut mit zweigeschossigem unterkellertem Einfamilienhaus. Baujahr ca. 1959. Wohnfläche ca. 125 m².

Asbesthaltiges Satteldach. Objekt beschädigt, sanierungsbedürftig, vermüllt, derzeit nicht bewohnbar und wirtschaftlich veraltet. Feuchtigkeitsschäden und Ausblühungen vorhanden.

Stark beschädigtes reparaturbedürftiges ca. 60 Jahre altes Wirtschaftsgebäude (Stall, Scheune, Schuppen) mit Wildwuchs und Festmist angebaut.

Beide Objekte liegen im Außenbereich der Gemeinde und dieser Bereich gilt als nicht bebaubares Gebiet.

Möglicherweise Bestandsschutz gem. § 35 BauGB. Prüfung durch die zuständigen Behörden sinnvoll und angebracht..;

Verkehrswert: 42.803,00 €

Lfd. Nr. 4

Objektbeschreibung/Lage (lt Angabe d. Sachverständigen):

unbebaut;

Verkehrswert: 24.601,00 €

Lfd. Nr. 5

Objektbeschreibung/Lage (lt Angabe d. Sachverständigen):

unbebaut;

Verkehrswert: 93.270,00 €

Lfd. Nr. 6

Objektbeschreibung/Lage (lt Angabe d. Sachverständigen):

unbebaut;

Verkehrswert: 1.705,00 €

Lfd. Nr. 7 Objektbeschreibung/Lage (lt Angabe d. Sachverständigen):

unbebaut;

Verkehrswert: 846,00 €

Lfd. Nr. 8

Objektbeschreibung/Lage (lt Angabe d. Sachverständigen):

unbebaut;

Verkehrswert: 1.334,00 €

Lfd. Nr. 9

Objektbeschreibung/Lage (lt Angabe d. Sachverständigen):

unbebaut;

Verkehrswert: 3.333,00 €

Lfd. Nr. 10

Objektbeschreibung/Lage (lt Angabe d. Sachverständigen):

unbebaut;

Verkehrswert: 446,00 €

Der Versteigerungsvermerk ist am 14.02.2023 in das Grundbuch eingetragen worden.

Aufforderung:

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hinweis:

Es ist zweckmäßig, bereits drei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung der Ansprüche an Kapital, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Grundstück bezweckenden Rechtsverfolgung mit Angabe des beanspruchten Ranges schriftlich einzureichen oder zu Protokoll der Geschäftsstelle zu erklären.

Dies ist nicht mehr erforderlich, wenn bereits eine Anmeldung vorliegt und keine Änderungen eingetreten sind.

Amtsgericht Montabaur, 30.04.2024